



Freitag, 5. Juli 1974

Blatt 1708

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Landtag (Parkometergesetz)
(rosa) Wiener Gemeinderat (Sommerkehrhaus)
Schöffenerfassung letzter Termin Montag

Lokal: Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche
(orange) Großes Trachtentreffen auf der WIG 74
Explosion in einer Kirche auf der Wieden

Chef vom Dienst: 42 800/2971 Durchwahl

Wiener Landtag beschloß Parkometergesetz
=====

Wien, 5.7. (RK) Der Wiener Landtag hat Freitag mit den Stimmen der SPÖ das Parkometergesetz beschlossen. Wie Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ) in seinem Einleitungsreferat betonte, werde damit lediglich die legistische Basis geschaffen, damit der Gemeinderat "nicht vor dem Herbst" die notwendigen Verordnungen erlassen könne. Grundsätzlich habe dieses Gesetz keine fiskalischen Hintergründe, sondern sei eine Maßnahme der Verkehrsorganisation. Daher würde auch keine Änderung der Ausdehnung der Blauen Zonen vorgenommen und auch die Geltungsdauer werde maximal anderthalb Stunden ausmachen. Im Gesetz sei zudem eine Zweckbindung der Nettoerlöse aus den Einnahmen für Erleichterungen des innerstädtischen Verkehrs, im speziellen des Garagenbaus oder der Einführung des Park-and-Ride-Systems vorgesehen. Parkometer würden keine aufgestellt, sondern Parkscheiben eingeführt.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, es werde sich an der Situation nichts ändern, obwohl die SPÖ sich durch diese Maßnahme eine Rationierung der Parkplätze in der Innenstadt verspreche. Es werde lediglich diese Rationierung über die Briefftasche vorgenommen, wodurch vor allem die sozial schwachen Bevölkerungsschichten betroffen würden, während viele Autofahrer diese Spesen über die Steuer absetzen können. Die vorgesehene Pauschalierung ermögliche es jenen, die es sich leisten können, den ganzen Tag in den Parkometerzonen zu parken. Ein besonderer Schaden erwachse daraus der Wohnbevölkerung, da schon das Halten allein, also etwa wenn man bloß irgendwo einen Brief abgebe, gebührenpflichtig sei. Damit würde die Abwanderung aus der City noch gefördert.

Abg. Ing. Krainer (ÖVP) bezeichnete das Gesetz als untaugliches Mittel gegen die Verkehrsmisere, da dagegen ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig wäre. Aber es fehle noch immer ein Verkehrskonzept für Wien. Der Garagenbau werde zu wenig beachtet, der U-Bahn-Bau sei zu spät erfolgt, für Park-and-Ride gäbe es zu wenig Vorsorge und die Leistungen der Verkehrsbetriebe seien nicht so attraktiv, daß sie eine Konkurrenz zum Auto darstellten. Durch das Parkometergesetz werde zudem der Parkraum in keiner Weise vermehrt, aber die sozial Schwachen werden belastet. Für die Wiener Wirtschaft ergebe sich zudem eine Wett-

bewerbsverzerrung. Die Polizei werde von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen. Schließlich warf Krainer der SPÖ vor, über dieses "Geldbeschaffungsgesetz" werde die gemeindeeigene Garagenbau-gesellschaft gefördert.

Abg. Sallaberger (SPÖ) meinte, wenn von der Belastung der sozial Schwachen soviel geredet werde, gewinne man den Eindruck, es würden vornehmlich Ausgleichsrentner ihre Autos in den Blauen Zonen parken. Die Motorisierung schädige vor allem die Zentren und das neue Gesetz werde der Wirtschaft deshalb dienen, weil die vorhandenen Parkplätze besser ausgenützt werden könnten. Täglich werde die Wiener Innenstadt von rund 35.000 Pkw angefahren. Von den 14.000 Stellplätzen auf den Straßen im 1. Bezirk seien nur 4.000 in Blauen Zonen und daher von der Parkmeter-abgabe betroffen. Man wisse, daß für die Parkplatzsuche fünf bis 15 Minuten aufgewendet werden müssen, was zu Zeitverlust, Nervenverschleiß, Lärmplage und Luftverschmutzung führe. Die derzeitige Praxis in den Kurzparkzonen sei so, daß die Parkscheiben immer wieder umgestellt würden und die Mobilität damit vermindert werde. In fast allen Großstädten Europas sei das Parken längst gebührenpflichtig.

Stadtrat Neusser (ÖVP) erklärte als letzter Debattenredner, er hätte eigentlich erwartet, daß seitens der SPÖ ein Vertreter des ARBÖ und nicht ein Funktionär eines Zwergverbandes (Freier Wirtschaftsverband, Anmerkung der Redaktion) sprechen würde, der unernst in der Argumentation lediglich eine Show abgezogen habe. Seiner Meinung nach wolle die SPÖ das Auto verbannen, ohne ein notwendiges Äquivalent zu bieten. So habe es Wien bisher ver-säumt, ein Garagenförderungsgesetz zu verabschieden. Was schließlich die Fluktuation bei den Parkplätzen angehe, könne sie auch durch eine bessere Kontrolle der Blauen Zonen erreicht werden. Man solle das vorgesehene Zusatzübereinkommen mit der Wiener Polizei - 25 Prozent der Einnahmen oder mindestens 500.000 Schilling sollen ihr zufließen - abschließen, damit die Blauen Zonen überwacht werden.

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Mayr, Abg. Hirnschall sei von einer rechtlich falschen Voraussetzung ausgegangen, weil auf keinen Fall gegen Bezahlung den ganzen Tag geparkt werden dürfe, sondern maximal anderthalb Stunden. Die Pauschalierung sei vornehmlich für die Wohnbevölkerung vorgesehen. Die Kosten eines Parkscheines von zwei Schilling für eine halbe Stunde entsprechen dem Preis etwa eines Drittel Liters Benzin. Hingegen werde der Gewinn der Mobilität einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Für die Wirtschaft selbst sei etwa die Belastung von sechs Schilling für anderthalb Stunden Ladetätigkeit eine bedeutungslose Größenordnung. Mayr kündigte zudem an, es würden alle Zonen überprüft, ob ihre Geltungsdauer noch zweckmäßig sei. So etwa stelle er sich vor, daß im Textilviertel die Zonen am Samstag nicht gelten sollten. Das Gesetz sei lediglich aus verfassungsrechtlichen Gründen fiskalisch zu betrachten, politisch aber ausschließlich eine Maßnahme der Verkehrsorganisation. Er werde, schloß Mayr, zugleich mit der Vorlage der Verordnungen dem Gemeinderat auch Richtlinien zur Förderung des Garagenbaues in Wien zur Beschlußfassung vorlegen. Schließlich könnten die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation nur schrittweise vorgenommen werden. Alle Verbesserungsmöglichkeiten gleichzeitig zu behandeln, wäre Illusion.

In der Sitzung des Landtages waren eingangs eine Novellierung der Dienstordnung, die eine Neuregelung für Dienstwohnungen und Urlaube ohne Bezahlung vorsieht, und eine Novelle des Mutterschutzgesetzes für die städtischen Bediensteten über Antrag von Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) einstimmig beschlossen worden. Zu dem Mutterschutzgesetz, mit dem die Bundesgesetzlichen Bestimmungen für die Wiener Bediensteten in Geltung gesetzt werden, erklärte Abg. Daller (ÖVP), die Verlängerung der Schutzfristen sei zu begrüßen. Hingegen sei die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 4.000 auf 16.000 S durch die Bundesregierung insofern ein Unrecht an allen Familien, die schon Kinder haben, weil gleichzeitig die Kinderbeihilfe lediglich um 20 Schilling und ab 1. Jänner 1975 um weitere 50 S erhöht würden. Dies sei eine Spekulation auf die jungen Wähler. Im Schlußwort meinte Stadtrat Heller dazu, die seinerzeitige ÖVP-Alleinregierung habe die Gelder des Familienlastenausgleichsfonds widmungswidrig für das Budget verwendet.

./.

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 5.7.74 (RK)

Anschließend trat unter Vorsitz von GR. Schreiner (SPÖ) der Gemeinderat zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Es lag nur ein Antrag der FPÖ vor, betreffend die Auflassung der Dienstwagen und die Verwendung von Taxis. Der Antrag wurde dem Bürgermeister zugewiesen. Dann erfolgte die einstimmige Wahl von je drei Vertrauens- und Ersatzmännern für die Gemeindevermittlungsämtler, wobei je zwei Mitglieder von der SPÖ und je eines von der ÖVP gestellt werden. Einstimmig wurde auch Dr. Klaus E. Reidl zum Mitglied des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse gewählt. Schließlich erfolgte die einstimmige Wahl von je 14 Mitgliedern für die Gemeindebezirkskommissionen, denen die Überprüfung der Schöffnenlisten obliegt. Je 9 Mitglieder entfallen auf die SPÖ, 4 auf die ÖVP und je ein Mitglied auf die FPÖ.

Wohnbauprogramm

Zum Referat von GR. Edlinger (SPÖ), das Wohnbauprogramm der Stadt Wien in den Jahren 1975 und 1976 mit fünfzig in einem Verzeichnis vorliegenden Wohnbauprojekten fortzusetzen, meldete sich als einziger Debattenredner GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) zu Wort. Er wandte sich gegen drei der beabsichtigten Projekte. In der Burggasse 78-80 sollte kein Wohnhaus, sondern eine Grünanlage errichtet werden, in der Neilreichgasse wäre eine Kleingartenanlage betroffen; auf den Draschegründen würde es weitere ~~Stadterweiterungen~~ bringen. Dr. Mayr verlangte getrennte Abstimmung, GR. Edlinger sagte im Schlußwort, daß die Fläche in der Burggasse für eine Grünfläche zu klein sei, daß bei einer umfassenden Stadtplanung nicht auf jede Kleingartenanlage Rücksicht genommen werden könne und daß Stadterweiterungen auch in Zukunft notwendig wären.

Abstimmung: 47 Projekte einstimmig, drei Objekte mit Stimmen der SPÖ angenommen.

Flächenwidmung

Gegen den Antrag von GR. Hermine Fiala (SPÖ), den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für ein Gebiet in Meidling zwischen Migazziplatz, Bendlgasse, Arndtstraße und Albrechtsbergergasse zu ändern, wandte sich GR. Hoffmann (ÖVP) aus städtebaulichen Gründen, weil eine beabsichtigte bauliche Arrondierung keinen schönen Anblick bringen würde. Im Schlußwort entgegnete die Berichterstatterin, daß eine andere Lösung nicht erfolgreich wäre.

Abstimmung: mit Stimmen SPÖ und FPÖ angenommen.

Stadtrat Mayr (SPÖ) referierte über eine Vereinbarung mit der Bundespolizeidirektion: Die Mitwirkung der Polizei bei der Vollziehung eines Parkometergesetzes soll mit 25 Prozent der eingehenden Strafgeelder, mindestens jedoch mit 500.000 S jährlich abgegolten werden.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Betriebsansiedlung

GR. Czettel (SPÖ) referierte über die Aufschließung der Haschagründe im 22. Bezirk. Dafür sollen 20,1 Millionen S genehmigt werden. GR. Krenn (FPÖ) sprach sich gegen die seiner Meinung nach immer wieder praktizierte einseitige Bevorzugung der Firma GÖC und der Konsumentenossenschaft bei der Vergabe von Betriebsansiedlungsgründen aus. Gleichzeitig urgierte er die Ausschreibung eines Wettbewerbes, um so eine gerechtere Vergabe zu gewährleisten. GR. Dr. Ebert (ÖVP) übte ebenso wie sein Vorredner Kritik an der Vergabemodalität bei Betriebsaufschließungsgründen. Auch er vertrat die Meinung, daß es dabei immer wieder zu ungerechtfertigten Bevorzugungen bestimmter Firmen komme. Weiter sprach er sich gegen die Errichtung von Einkaufszentren am Stadtrand aus, da mit solchen Projekten nicht nur das Geschäftsleben in der Innenstadt gefährdet, sondern auch der gesunde Wettbewerb der kleineren und mittleren Unternehmungen in Frage gestellt werde.

Verbesserte U-Bahn-Hilfe

Über die Verbesserung der Richtlinien für die Gewährung von U-Bahn-Aushilfen für Gewerbetreibende referierte GR. Mayrhofer (SPÖ). GR. Sallaberger (SPÖ) unterstrich die Bedeutung dieser Aktion. So wurden im Verlauf der letzten vier Jahre an insgesamt 35 Firmen Zuschüsse in der Gesamthöhe von über einer Million Schilling vergeben. GR. Schneider (ÖVP) stellte in einer spontanen Wortmeldung fest, daß die Initiative zu dieser Aktion zunächst von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ausgegangen sei. Die Gemeinde Wien hätte es damals vielmehr abgelehnt, sich daran zu beteiligen. GR. Mayrhofer (SPÖ) hob in seinem Schlußwort besonders die Bedeutung dieser Aktion hervor. Es sei vollkommen klar, daß der U-Bahn-Bau zu Beeinträchtigungen in allen Bevölkerungsschichten führen müsse, doch geschehe dies letzten Endes auch im Interesse der Errichtung eines modernen Massenverkehrsmittels.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Moore-Plastik

GR. Ascherl (SPÖ) referierte über den Ankauf einer Bronze-Plastik des englischen Bildhauers Henry Moore um den Betrag von 1,9 Millionen Schilling.

Dkfm. Bauer (FPÖ) meinte, es wäre besser gewesen, einen österreichischen Künstler zum Zug kommen zu lassen, wunderte sich über den hohen Selbstkostenpreis und stellte die Frage, aus welchen Ausgaben er sich zusammensetze.

Ascherl: Material, Guß und Transport machten 1,9 Millionen aus. Moore verlange für diese Plastik keinen Groschen Honorar. Manche Stadt würde sich glücklich schätzen, erhielte sie eine Moore-Plastik zu diesen Bedingungen.

Abstimmung: Gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Knoten Arsenal

GR. Bednar (SPÖ) referierte über die Vergabe von 2,8 Millionen Schilling für den Detailentwurf des Knoten Arsenal.

GR. Arthold (ÖVP) meinte, es wäre eigentlich besser gewesen, vorher das Schicksal der Burgenlandautobahn zu klären. Für die Weiterführung der Südbahn zur vierten Donaubrücke sei der Knoten nicht notwendig. Er stellte die Frage, wie man sich die Lösung des Kleingartenproblems vorstelle.

GR. Bednar ging auf diese Frage nicht ein und bat um Zustimmung.

Abstimmung: mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ genehmigt.

Ober-Laa und WIG

GR. Haberl (SPÖ) referierte über Sachkrediterhöhungen für Errichtung der Großgrünanlage in Ober-Laa um rund 130 Millionen Schilling und für die Durchführung der WIG 74 um rund 10,3 Millionen Schilling.

Dkfm. Bauer (FPÖ) kritisierte, daß sich die Gesamtkosten nun fast bereits verdoppelt hätten. Das auf der Linie der verlängerten Straßenbahn ein Erdwall an falscher Stelle aufgeschüttet worden ist, der später um zwei Millionen Schilling wieder entfernt werden mußte, sei symptomatisch für die Fehlplanung der WIG. Das negative Presseecho österreichischer Zeitungen beweise, daß die WIG abgelehnt werde.

GR. Arthold (ÖVP) bekannte sich einerseits zu den Leistungen, die bei der Realisierung der WIG erbracht wurden, beklagte jedoch die Kostenexplosion. Er habe das Gefühl, Planung und die Kalkulation seien vernachlässigt worden. Dem Geschäftsführer der Kurmittelbetriebsges.mbH, Auer, warf Arthold mangelnde Sorgfalt vor. Eine genaue Prüfung, wie die Steuergelder verwendet wurden und wie sie noch immer verwendet werden, sei unerlässlich.

GR. Deutsch (SPÖ) warf der ÖVP auch beider Diskussion über die WIG ~~Wien-Feindlichkeit~~ vor. Die ÖVP werte und anerkenne nicht das Ereignis, sondern wolle nur durch Kritik um jeden Preis der Bundeshauptstadt schaden. Die Kostensteigerungen entsprächen durchaus der Norm solcher großer Bauvorhaben. Die Planung und Kalkulierung sei sorgfältig erfolgt. Deutsch zitierte eine Reihe von Fachzeitschriften und Fachleuten, die zur WIG positiv Stellung nahmen. Mit der WIG 74 sei Großes für die Bevölkerung geschaffen worden.

GR. Haberl (SPÖ) betonte im Schlußwort, daß nahezu alle Angriffe unqualifiziert seien. Konstruktive Kritik habe es keine gegeben, sondern nur gehässige Verteufelung. Kostenvergleiche mit dem Ausland zeigten, daß die Realisierungskosten keineswegs hoch seien. Die WIG gebe dem österreichischen Fremdenverkehr und dem Gartenbau starken Auftrieb. Die Leistung, die erbracht wurde, werde von der Fachwelt anerkannt. Dies beweise die Fachwelt und ausländische Tageszeitungen. Er finde es seltsam, daß man ein Projekt als fragwürdig bezeichnet, durch das ein Naherholungsgebiet für hunderttausende Wiener geschaffen wurde.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Tagesmütter

GR. Franziska Fohler (SPÖ) referierte über die Gewährung eines Zuschusses von jährlich 560.000 Schilling an die Wiener Kinderfreunde und die Sozialistischen Frauen Wiens zur Durchführung des Modellversuches "Tagesmütter".

GR. Erika Danzinger (ÖVP) drückte die prinzipielle Zustimmung der ÖVP zu der Aufnahme des Modells Tagesmütter in das Betreuungsangebot der Stadt Wien für Kinder aus, **kritisierte** allerdings, daß mit der Durchführung des Modellversuches nur sozialistische Organisationen betraut wurden. Auf diese Art hätten andere Organisationen eine Möglichkeit, ihr ebenfalls vorhandenes Interesse zu verwirklichen. Die Rednerin regte die Schaffung gemeinnütziger Tagesmüttervereine an, die durch Subventionierung unterstützt werden sollten.

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) betonte, Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner habe sowohl bei der Beratung im zuständigen Gemeinderatsausschuß als auch im Rahmen eines Pressegespräches am 27. Mai ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Modellversuch eben wegen seines **experimentellen** Charakters zeitlich limitiert sei und daß für die nachher zu erwartende Erweiterung selbstverständlich auch alle anderen interessierten Organisationen zur Mitarbeit eingeladen seien. Man könne aber von seiten der ÖVP daraus keinen Vorwurf konstruieren, daß sich die sozialistischen Frauen Wiens und die Kinderfreunde als erste intensiv mit der Planung eines Projektes Tagesmütter auseinandergesetzt hätten.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Neue Wohnbauten

Für neue Wohnbauten im Bereich Ameisbachzeile im 16. Bezirk beschloß der Gemeinderat auf Antrag von GR. Czettel (SPÖ) mit den Stimmen der SPÖ eine Abänderung des Bebauungsplanes. GR. Dr. Strunz (ÖVP) lehnte das Vorhaben ab: die Abgasglocke der Müllverbrennung Flötzersteig würde die Wohnqualität beeinträchtigen, dem Projekt fallen zudem Kleingärten zum Opfer. Czettel war dagegen ein, daß der Fachbeirat für Stadtplanung einhellig der Abänderung des Bebauungsplanes zugestimmt hatte. (Einwurf Stadtrat Dr. Goller: das stimmt nicht!)

Tiefgarage

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) beantragte die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Areal im Bereich Schottenfeld-, Seiden-, Ziegler- und Lindengasse für ein Wohnbauprojekt mit Tiefgarage, was mit den Stimmen der SPÖ beschlossen wurde. GR. Neunteufel (ÖVP) verweigerte die Zustimmung, da der Antrag den Grundsätzen der Stadtentwicklung, des Umweltberichtes und den dringenden Wünschen der Bezirksbevölkerung widerspreche. Seiner Meinung nach sollte hier eine Grünfläche geschaffen werden. GR. Brosch (SPÖ) hob wohl die Bedeutung neuer Grünflächen für den dichtbesiedelten Neubau hervor, bezeichnete jedoch das Projekt als eine einmalige Chance im Rahmen der umfassenden Neugestaltung des Bezirkes. Es gehe auch darum, die Abwanderung vom Neubau zu stoppen. Wohnbevölkerung und Beschäftigungsmöglichkeiten müßten in diesem Geschäftsbezirk ausgeglichen gestaltet werden. Brosch verwies auf die SP-Initiativen seines Bezirkes zur Schaffung von Fußgängerbereichen und zur Öffnung der Höfe. Im Schlußwort nannte Stadtrat Hofmann das Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Stadterneuerung.

Kurmittelhaus

GR. Peska (SPÖ) referierte über eine Erhöhung des Sachkredits für den Neubau des Kurmittelhauses in Ober-Laa von 116 Millionen um 76,650.000 S auf 192,650.000 S. Die Erhöhung erwies sich durch die seit 1971 eingetretenen Lohn- und Materialkostenerhöhungen sowie die Einführung der Mehrwert- und Investitionssteuer als notwendig.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Liegenschafts Kauf

Über den Kauf einer Liegenschaft in Leopoldau, auf den sich ein großes Wohnhaus mit 180 Mietern befindet, referierte VBgm. Pfösch (SPÖ). Die Liegenschaft konnte nach langwierigen Verhandlungen um 7,140.000 S von der Seidenwaren-Ges.mBH erworben werden. Maßgeblich für den Kauf war die drohende Delogierung der 180 Mieter, da nach einem §-7-Verfahren die Reparaturkosten

einen 15fachen Mietzins bewirkt hätten. Damit wäre die wirtschaftliche Abbruchreife gegeben gewesen.

GR. Neunteufel (ÖVP) begrüßte den Kauf namens seiner Fraktion, weil damit ein Problem gelöst werde, das in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt und eine Mieterdemonstration ausgelöst habe. Der Redner wies darauf hin, daß die Liegenschaft oftmals den Eigentümer gewechselt und jedesmal beachtliche Spekulationsgewinne abgeworfen habe. GR. Lustig (SPÖ) sagte, die Ersatzwohnungen für die Delogierten hätten 50 Millionen S gekostet. Die Neuregelungen im Mietengesetz würden in Hinkunft Abbruchspekulationen erschweren. VBgm. Pfösch erinnerte in seinem Schlußwort an den Drei-Parteien-Beschluß des Gemeinderates, der sicher zur intensiveren Behandlung der Mietengesetznovelle im Parlament beigetragen habe. Man werde aber auch in Hinkunft nichterhaltenswürdige Objekte abrechnen müssen. Wer den Gewinn aus dem Grundstück zieht, werde jedoch einen Beitrag zur Absiedlung der Mieter leisten müssen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Vergleich

GR. Outolny (SPÖ) referierte über ein Vergleichsangebot zu einem Sachverhalt, der seit zehn Jahren Gegenstand einer strafrechtlichen Voruntersuchung ist. Eine Angestellte des Museums der Stadt Wien hatte in den Nachkriegsjahren Kunstgegenstände aus dem Museumsbesitz mitgenommen und einem Bekannten überlassen. Ein Teil der Gegenstände - Skizzen, Lithographien, Aquarelle etc. - konnten zurückgestellt werden, eine teilweise Schadensgutmachung sei erfolgt. Da ein Ende des seit zehn Jahren anhängigen Verfahrens nicht abschbar ist, soll nun durch den Vergleich die Angelegenheit einen Abschluß finden. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) nannte den Fall tragikomisch, doch sei der seinerzeitige Schaden 1971 von einem Sachverständigen auf 30 bis 90 Millionen S beziffert worden. Nicht weniger als 42.000 Objekte seien von der Beamtin entwendet worden. Selbst nach der Sicherstellung eines Teils der Bilder verbleibe ein Schaden von 5 bis 15 Millionen. Es sei daher unverständlich, daß nunmehr ein Vergleich unter Verzicht auf Subsidiaranklage und Disziplinarverfahren angestrebt wird. Im Schlußwort sagte GR. Outolny, daß

mit dem Fall sicher niemand eine Freude habe, aber ein Ende nicht abzusehen sei. Es sei zu hoffen, daß in Zukunft die Mühlen der Justiz rascher und gerechter mahlen würden.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

15,8 Millionen für Notstromaggregate

Über die Anschaffung von Notstromaggregaten für die Frauenklinik Gersthof, die Semmelweis-Frauenklinik, die Kinderklinik Glanzing, das Mautner Markhof'sche Kinderspital, das Karolinen-Kinderspital und das Preyer'sche Kinderspital in der Gesamthöhe von 15,8 Millionen S referierte Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher.

GR. Krenn (FPÖ) übte in seinem Debattenbeitrag heftige Kritik an der "Laxheit", mit der die Anschaffung der Notstromaggregate seitens des Anstaltenamtes vorangetrieben werde. Obwohl der große Stromausfall in Wien bereits im Jänner 1974 war, werde der Beschluß erst jetzt gefaßt.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) wies in seinen Ausführungen unter anderem darauf hin, daß in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten bereits derzeit kleinere Aggregate mit Batterien zur Verfügung stehen. Infolge des ständig wachsenden Umfanges der apparativen Ausstattung auf dem medizinisch-technischen Sektor, könnten diese jedoch nur Teilbereiche mit elektrischer Energie versorgen. Durch den Bau der Notstromaggregate werde es jedoch in Hinkunft möglich sein, im Falle eines totalen Netzausfalles die wichtigsten elektro-medizinischen Einrichtungen in Intensivpflegestationen, Operationssälen, medizinisch-diagnostischen Laboratorien etc. mit Notstrom zu versorgen.

Stadtrat Dr. Stacher unterstrich in seinem Schlußwort nochmals die Notwendigkeit und Dringlichkeit, in den Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten leistungsfähige Notstromversorgungsanlagen zu installieren. Für frühere Versäumnisse könne er allerdings nichts.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Subvention für den Fußballverband

GR. Brosch (SPÖ) referierte über eine Subvention für den Wiener Fußballverband in der Höhe von 10,8 Millionen Schilling.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) sprach von einem Stagnieren des Fußballsports in Wien. Dies sei, wie er meinte, nicht nur ein sportliches, sondern auch ein finanzielles Problem. In diesem Zusammenhang sprach er die Hoffnung aus, daß durch diese Förderungsmaßnahme der Stadt Wien der Sport und im besonderen der Fußballsport in Wien wieder neue Erfolge erzielen werde.

GR. Dr. Müller (SPÖ) sprach ebenfalls die Hoffnung aus, daß der Wiener Fußballsport im Hinblick auf seine sportlichen Erfolge profitieren werde. Mit dieser Entscheidung sollte es aber auch möglich sein, den Fußballsport auf noch breiterer Basis als bisher zu fördern.

Abschließend wies der Debattenredner auf die rege Sportförderung der Stadt Wien durch den forcierten Bau von Bädern und Sportanlagen sowie durch Subventionierung der Sportvereine hin.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Geschäftsordnung

Ohne Debatte nahm der Gemeinderat dann mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung an, der die Kompetenz des Presse- und Informationsdienstes regelt.

Wieder Diskussion um Bauring

Als letzter Tagesordnungspunkt wurde Freitag über die Gewährung einer Bürgschaft der Stadt Wien für einen Kredit in der Höhe von 175 Millionen Schilling debattiert und entschieden die Zentralsparkasse der Bauring-Gesellschaft **gewährt hat**. GR. Bušta (SPÖ) hatte in seinem Referat darauf hingewiesen, daß dieser Kredit notwendig sei, um die Liquiditätsenge beim Bauring zu beseitigen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte als Sprecher der FPÖ, daß dieser Kredit bereits ausgezahlt worden sei, ohne die Bürgschaft abzuwarten. Vielleicht seien einige Millionen davon schon wieder auf Provisionskonten geflossen. Offenbar habe man im Vertrauen auf die Mehrheit im Gemeinderat die Entscheidung vorweggenommen. Seiner Meinung nach dürften Gemeindemittel nur dann zur Abdeckung von Verlusten herangezogen werden, wenn sie durch

wichtige kommunale Aufgaben, wie etwa bei den Verkehrsbetrieben, hervorgerufen würden. Wenn dieser kommunale Zusammenhang jedoch nicht gegeben sei, dürfe die Stadt weder Geld geben, noch eine Haftung übernehmen. Er sei sicher, meinte Hirnschall, daß es sich nicht um das letzte derartige Ansuchen des Bauringes handeln werde und zudem sei er überzeugt, der Bauring werde genau so wenig wie seinerzeit die Stadthallengesellschaft in der Lage sein den Kredit zurückzuzahlen. Es sei überdies geradezu kurios, für ein Unternehmen eine Bürgschaft zu übernehmen, das selbst Bürgschaften in beträchtlicher Höhe für Appartementbauvorhaben gegeben habe. Der Bauring drohe für die Stadt ein Faß ohne Boden zu werden.

Als nächster Debattenredner bemängelte GR. Dr. Drennig (ÖVP), daß aus dem Akt nicht hervorgehe, wann der Kredit und zu welchen Konditionen er gewährt worden sei. Heute werde offensichtlich nachträglich die formelle Genehmigung durch den Gemeinderat gegeben. Die Zentralsparkasse habe bestimmt den Kredit nicht ausgezahlt, ohne sichere Zusagen gehabt zu haben. Aber es habe kein Verfahren nach der Verfassung der Stadt Wien stattgefunden. Wenn jemand einen Personalkredit von 20.000 anspreche, müsse er mehr Angaben machen, als in diesem Akt enthalten seien. Die Transparenz sei also in klassischer Weise abhanden gekommen.

Wenn gestern versucht worden sei, die frühere Geschäftsführung für alles verantwortlich zu machen, so zeige der heutige Akt, fuhr Drennig fort, daß offenkundig zunächst eine andere Strategie ausersehen gewesen sei: Den Versuch zu unternehmen, die Sache gleichsam unter der Hand zu erledigen. Erst als dies nicht gelungen sei, habe man die Strategie geändert. Dr. Drennig erklärte abschließend, aus bekannten Gründen (er soll in die Geschäftsführung der Holding-Gesellschaft eintreten, die Redaktion) spreche er zum letztenmal im Gemeinderat, dem er viel Erfolg wünsche.

Bürgermeister Gratz dankte dem scheidenden Gemeinderat für seine Arbeit und wünschte ihm seinerseits viel Erfolg.

Der Kredit für den Bauring sei der erste Schritt, um das Unternehmen flott zu machen, erklärte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) als letzter Debattenredner. Der Liquiditätsengpaß, der auch durch das Drängen der Lieferanten verschärft worden sei, könne auf diese Weise beseitigt werden. Seiner Meinung nach habe die Zentralsparkasse den Kredit deshalb gewährt, weil namhafte Vertreter der Gemeinde Wien öffentlich die Versicherung abgegeben hätten, den Bauring nicht in Konkurs gehen zu lassen. Was die Konditionen angehe, so seien sie die gleichen, wie sie auch der Stadt Wien eingeräumt würden. Die Rückzahlung des Kredites werde nach der notwendigen Kapitalszufuhr sicherlich möglich sein.

Für seine Fraktion, erklärte Hofstetter, sei die Entscheidung ausschließlich wirtschaftlich begründet: Man wolle das Vermögen des Baurings - etwa 200 Millionen S - nicht verschleudern, die Sicherung der rund 4.600 Arbeitsplätze vornehmen und durch einen Konkurs die rund 300 Lieferanten, die dann kaum zu ihrem Geld kämen, nicht schädigen. Außerdem müsse auf das Ansehen der österreichischen Wirtschaft im Ausland Bedacht genommen werden. Die Kreditgewährung sei mit einer kreislaufstärkenden Injektion für einen Patienten zu vergleichen ("aber es ist ja schon eine Leiche", rief GR. Dr. Maria Schaumayer, ÖVP).

So wenig wie die Vertreter der ÖVP im Aufsichtsrat einen Maulkorb hätten, könnten auch die Aufsichtsräte der SPÖ, freilich im zuständigen Forum, frei sprechen. Es gehe jedoch nicht an, daß durch Indiskretionen aus der Aufsichtsratsitzung Informationen - Spaniengeschäft - an die Öffentlichkeit gelangten. Die Mehrheitsfraktion im Rathaus werde diese Haftung übernehmen. ("Zahlt die SPÖ dann auch die 175 Millionen S zurück?", rief GR. Hahn, ÖVP.)

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Schlußansprache Bürgermeister

In seiner Schlußansprache zog Bürgermeister Gratz eine kurze Bilanz der seit Jänner dieses Jahres geleisteten Arbeit im Gemeinderat. Insgesamt seien fast 700 Geschäftsstücke - genau 697 - bis zum heutigen Tag erledigt worden, in den Ausschüssen noch viel mehr. Allein diese Bilanz zeige, daß die Doppelfunktion Landtag Gemeinderat mehrfache Belastungen bringe: Belastungen als Gesetzgeber und als oberstes Verwaltungsorgan.

Viele sogenannte uninteressante Details seien unter diese Geschäftsstücken gewesen. Aber jedes einzelne Detail greife vielfältig in das Leben der Menschen in dieser Stadt ein.

Wiens Bürgermeister deponierte den Dank für die geleistete Arbeit an alle, an die Vertreter der Mehrheitspartei und der beiden Oppositionsparteien. Alle seien getragen gewesen von der Idee, die beste Arbeit für Wien zu leisten.

Unpolemisch und ohne parteipolitischen Hintergrund wolle er die Feststellung gewertet wissen, daß sich Wien und seine Bewohner allen Bundesländern gleichmäßig verbunden fühlen. Er hoffe, daß auch in den anderen Ländern so gedacht werde. Zum Abschluß dankte Wiens Bürgermeister den Politikern, den Beamten und allen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit, wünschte allen Mitgliedern des Gemeinderates einen erholsamen Urlaub und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß alle im Herbst mit frischen Kräften wieder die gemeinsame Arbeit für Wien leisten können.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

5. juli 1974

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1725

k o m m u n a l :

=====

schoeffenerfassung: Letzter termin montag (rufz)

1 wien, 5.7. (rk) heuer werden wie in jedem vierten jahr die zum amt eines geschworenen und schoeffen geeigneten personen erfasst. die von den magistratischen bezirksaemtern hiezu ueber die hauseigentuemern den einzelnen haushalten zugegangenen formblaetter muessen ausgefuellt bis montag, den 8. juli beim hauseigentuemern oder direkt bei den zustaendigen magistratischen bezirksaemtern abgegeben werden.

0908

l o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

belagsarbeiten in der unterfuehrung suedtiroler platz

2 wien, 5.7. (rk) die rampen der unterfuehrung des suedtiroler platzes im zuge des guertels erhalten ab montag kommender woche einen neuen fahrbahnbelag. diese fuer drei woche vorgesehenen arbeiten haben fuer den verkehr folgende auswirkungen: in richtung meidling wird immer die unterfuehrung, freilich mit wechselnden fahrbahnen, benuetzbar bleiben. in der gegenrichtung muss der verkehr auf die oberflaeche des suedtiroler platzes umgeleitet werden.

in der altmannsdorfer strasse muss nun jener teil, der bis vorige woche die gleise und den bahnschranken ''beherbergt'' hat, nach entfernung der schienen strassenbaumaessig saniert werden. ab montag wird fuer zwei wochen daher fuer jede richtung in der altmannsdorfer strasse nur ein fahrestreifen zur verfuegung stehen. um die arbeit zu beschleunigen, wird ueberdies auch bei nacht gearbeitet: zwischen 20 und 4 uhr muss aber die altmannsdorfer strasse zur gaenze fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden. die umleitung erfolgt stadteinwaerts auf der route breitenfurter strasse - wienerberger bruecke - edelsinnstrasse, in der gegenrichtung durch den strassenzug belkhofengasse - schoenbrunner allee - hetzendorfer strasse.

kommende woche schwedenbruecke voruebergehend einbahn

ab montag kommender woche, ab 20 uhr, muss eine richtungsfahrbahn der schwedenbruecke zufolge bauarbeiten fuer die u-bahn gesperrt werden. die schwedenbruecke wird daher fuer maximal 5 tage einbahn richtung taborstrasse.

1230

l o k a l :

=====

geschworenenenerfassung:

selbstverstaendlich keine bestrafung fuer urlauber

14 wien, 5.7. (rk) der oevp-pressediens spricht im zusammenhang mit der derzeit in wien laufenden erfassung jener personen, die fuer das amt eines geschworenen oder schoeffen in frage kommen, von 'polizeistaatmethoden'. dies deswegen, weil in den formblaettern auch eine strafandrohung verzeichnet ist.

dazu erfaehrt die 'rathaus-korrespondenz' von der zustaendigen magistratsabteilung, dass hier offensichtlich ein missverstaendnis vorliegt. die in den formblaettern enthaltenen strafdrohung entspricht dem bundesgesetz. waere sie auf den formblaettern nicht enthalten, bedeutete dies eine unvollstaendige information. es ist aber selbstverstaendlich, dass personen, die zum zeitpunkt der verteilung der formblaetter nicht in wien sind und daher die gesetzlich vorgeschriebenen fristen nicht einhalten koennen, auch kein verschulden trifft. sie werden daher keinesfalls bestraft.

1742

l o k a l :

=====

explosion in einer kirche auf der wieden

15 wien, 5.7. (rk) freitag gegen 13 uhr ereignete sich in der kirche st. thekla auf der wiedner hauptstrasse 82 bei einem seitenaltar eine explosion: von unbekanntem war eine flasche, vermutlich mit schwarzpulver gefuellt, entzuendet worden. durch die explosion wurden ein altarbild und kircheneinrichtungen beschaedigt. die feuerwehr hat die kirche gelueftet und bei der untersuchung flaschen- und zuendschnurteile mit einem zuender sichergestellt. die weiteren erhebungen hat das innenministerium uebernommen.

1743